



Rund 100 Starnsinger haben in diesem Jahr um Spenden unter anderem für Kinder in Indien gebeten.

FOTO: MARKUS LORINER

Starnsinger von St. Peter sammeln 30 440 Euro

Spendenbereitschaft der Bad Waldseer ist noch immer groß – Summe wächst weiter

BAD WALDSEE (sz) - Seit dem vergangenen Wochenende findet sich wieder an vielen Haustüren der Starnsingersegen „20 *C+M+B+18“. Rund 100 große und kleine Starnsinger haben laut Pfarrer Thomas Bucher in diesem Jahr um Spenden unter anderem für Kinder in Indien gebeten.

Mit dem Geld werden demnach Projekte gefördert, die Kindern helfen sollen, eine Schule zu besuchen. Dadurch sollen sie später in der Lage sein, einen Beruf zu ergreifen, der sie und ihre Familien ernähren kann. Für Erwachsene laufen zudem Projekte, die zum Ziel haben, dass diese mehr Geld verdienen, damit ihre Kinder nicht mehr zum Familieneinkommen beitragen müssen.

Bei gutem Wetter machten sich die Gruppen zumeist zu Fuß auf den Weg

durch die Stadt. Oft wurden sie auch in die „gute Stube“ gebeten, um ihre Lieder neben der Krippe vorzutragen – nicht nur für ältere Mitbürger der spirituelle Abschluss der Weihnachtszeit. Dabei habe sich gezeigt, dass die Spendenbereitschaft der Einwohner Bad Waldsees noch immer groß ist. Die Menschen hätten ein Gespür dafür, dass Hilfe in anderen Ländern nottut, heißt es.

In diesem Jahr sammelten die Starnsinger 30 440 Euro. Erfahrungsgemäß kommen laut Bucher noch weitere Spenden dazu. Zum Abschluss zitiert er einen Spruch der Starnsinger: „Es sagen ein herzliches Dankeschön die Starnsinger, die nun weitergeh'n. Der Segen bleibt hier – für euch unsichtbar. Wir kommen dann wieder im nächsten Jahr.“

Kennsch des no?

„Immer gsund und grfäß und gern im Sonndiggshäs.“

Ich bin gesund, habe auf alles Appetit und trage gerne Sonntagskleidung. Von Gerhart Auer

Autofahrer übersieht Fußgängerin

BAD WALDSEE (sz) - Zeugen suchte die Polizei zu einem Verkehrsunfall, der sich bereits am Freitag gegen 16.50 Uhr in der Friedhofstraße ereignet hat, aber jetzt erst bei der Polizei angezeigt worden ist.

Eine 68-jährige Frau hatte nach Polizeiangaben mit ihrem Rollator von der Stadt-Apotheke kommend die Straße überqueren wollen und war, nachdem sie auf der anderen Straßenseite wegen des hohen Bordsteins nicht auf den Gehweg kam, zu einer Parkplatzzufahrt mit abgesenktem Bordstein gegangen. Als sie dort bemerkte, dass der oder die Fahrer eines roten VW-Busses ausfahren wollte, blieb sie mit ihrem Rollator auf der Fahrbahn stehen. Der Rollator der 68-Jährigen wurde von dem Fahrzeug gestreift, wobei ein Griff des Gehgeräts gegen die Hüfte der Fußgängerin gestoßen wurde. Als ihr daraufhin der etwa 75 Jahre alte Beifahrer des VW-Busses Vorhaltungen machte, dunkel bekleidet an dieser Stelle die Straße zu überqueren, erwiderte die Frau, dass ihr nichts passiert sei. Anschließend sei der Fahrer oder die Fahrerinnen des Fahrzeugs weggefahren.

Personen, die Hinweise geben können, werden gebeten, sich beim Polizeiviertel Weingarten, Telefon 0751 / 803-6666, zu melden.

Hymer-Mitarbeiter fordern mehr Geld

Warnstreik: Betriebsrat und IG Metall fordern sechs Prozent mehr Lohn

Von Wolfgang Heyer

BAD WALDSEE - Die IG Metall hat am Dienstag zu Warnstreiks aufgerufen. Nicht nur die Metall- und Elektrobranche war davon betroffen, auch in der Holz verarbeitenden Industrie machten die Streikenden mit Fahnen und Trillerpfeifen lautstark auf ihre Forderungen in den

Tarifverhandlungen aufmerksam. Vor dem Werksgebäude des Bad Waldseer Reisemobilherstellers Hymer forderten rund 400 Beschäftigte eine Lohnerhöhung von sechs Prozent.

Pünktlich um 14 Uhr legten die Schichtarbeiter ihre Arbeit nieder und die Tore der Produktionshallen öffneten sich. Mehrere Hundert Mitarbeiter folgten der Musik, die aus Boxen vor den Werkstoren schallte und tauschten ihr Werkzeug gegen ein Schnitzel und eine rote Schildmütze ein. Fahnen mit dem Aufdruck „IG Metall“ oder „Wir für mehr“ flatterten im Wind. Aufmerksam folgten die Arbeiter der kurzen Kundgebung und den Worten Thomas Flamm, Gewerkschaftssekretär der IG Metall Bodensee-Oberschwaben. „Wir fordern sechs Prozent, und die habt ihr euch hart verdient. Es gibt aber ein kleines Problem, die Arbeitgeber sehen das anders“, sagte Flamm. Aufseiten der Hymer-Mitarbeiter brandete Applaus auf.

Unterstützung erhielt die IG Metall auch vom Hymer-Betriebsrat. „Die Geschäfts- und Wirtschaftslage ist gut. Wir wollen auch ein Stück vom Erfolg“, erklärte Betriebsratsvorsitzender Janusz Eichendorff im

SZ-Gespräch. Die Mitarbeiter sollten am Unternehmenserfolg partizipieren, betonte er. Mit dem Stillstand der Bänder am Dienstag sollte diese Forderung unterstrichen werden.

Mehr als 900 Mitarbeiter beteiligten sich laut Eichendorff an der Aktion, die einen Tag vor den nächsten Verhandlungen für Aufsehen sorgen sollte. „Wir wollen nicht ständig streiken, sondern eine schnelle Lösung mit den Arbeitgebern finden“, so der Betriebsratsvorsitzende, der auch Mitglied der Verhandlungskommission ist.

„Die Geschäfts- und Wirtschaftslage ist gut. Wir wollen auch ein Stück vom Erfolg“

sagte Betriebsratsvorsitzender Janusz Eichendorff

Außerdem betonten die Streik-Verantwortlichen, dass Mitarbeiter der Holz- und kunststoff verarbeitenden Industrie im Vergleich zur Metall- und Elektrobranche

schlechter bezahlt werden. Laut Flamm liegt der Unterschied bei 600 Euro monatlich. „Die wirtschaftliche Lage ist gut, wir hauen so viele Fahrzeuge raus wie noch nie, und die Belegschaft fordert einfach Geld im Geldbeutel“, erklärte Beate Wagner vom Hymer-Betriebsrat.

Forderung nach deutlicher Lohnerhöhung für Azubis

Auch für die Auszubildenden machen sich die Streikenden stark. Schließlich sieht ihre Forderung eine deutliche Lohnerhöhung für Azubis vor. Die Kluft zwischen den Branchen müsse geschlossen werden, verdeutlichte Eichendorff und Flamm einhellig. Andernfalls verliere die Holz verarbeitende Industrie die Auszubildenden allein aufgrund der Bezahlung an die Metall- und Elektrobranche.

„Wir müssen Druck machen“, skandierte Flamm in Richtung der Hymer-Mitarbeiter. Sollten die wei-

teren Verhandlungen keine Einigung bringen, wolle die IG Metall den Druck nochmals erhöhen, und so prophezeite er, untermalt von Trillerpfeifen-Klängen: „Dann machen wir richtig Rambazamba.“

Vor etwa einem Jahr spielten sich ähnliche Szenen vor dem Hymer-Werk ab, damals wurden unter anderem verbindliche Regelungen zur Altersteilzeit gefordert. Das Ergebnis stellte sowohl Betriebsrat als auch IG-Metall zufrieden. Aber „jetzt wollen die Kollegen Geld sehen“, war aus den Reihen der Betriebsräte zu hören.

Am Dienstag gab es zudem Warnstreiks bei der ZF in Friedrichshafen sowie bei Dethleffs in Isny.

Ein Video zu den Warnstreiks in Friedrichshafen und Bad Waldsee gibt es online unter: www.schwaebische.de



„Wir müssen Druck machen“, sagte Thomas Flamm (links) von der IG Metall vor den rund 400 streikenden Hymer-Mitarbeitern. FOTOS: WOLFGANG HEYER

Leserbrief

Das Ziel wird deutlich verfehlt

Zum Bericht „Hirschhof: Privatbesitzern droht Verfahren“, 6. Dezember

Neben den „Aufregern“ Bleicheareal und Rathausplanung wird die Öffentlichkeit gleich mit einem weiteren städtebaulichen Planungsziel konfrontiert. Beim ersten Blick auf die Bebauungsplanung fällt sofort ein massiver Querriegel auf, der mit seinen 25 Metern Länge unverhältnismäßig wuchtig dasteht.

Doch nicht nur das. Die Lage dieses „Bollwerks“ soll angeblich der ehemaligen Stadtmauer entsprechen. Vergleicht man diese Planung jedoch mit alten Vorlagen, so rückt dieses Bauquartier um bis zu zehn Meter Richtung Bleiche und liegt damit genau auf dem ehemaligen Zwinger (Stadtgraben). Das Ziel „Wiederherstellen der Altstadtsilhouette“ wird damit deutlich verfehlt und sollte in dieser Form nicht rechtskräftig werden. Überhaupt wäre nach diesen Plänen im Hirschhofareal eine massive Bebauung möglich, die die bisherige eher kleingliedrige Bebauung mit ihren Lücken und Freiflächen sprengen würde.

Eine Gebäudefront mit über 40 Meter Länge entlang der Dreikönigsgasse ist unvorstellbar. Ist das städtebaulich zu verantworten? Wo sind die in Waldsee typischen Vor- und Rücksprünge? Außerdem ist anzumerken, dass das Haus Hauptstraße 41 (Haus „Merk“) seinen Denkmalstatus verlieren soll. Den Investor wird es freuen. Da ist zu hoffen, dass sich das Haus „Bock“ daneben nicht ebenfalls als abbruchwürdig erweist. So passt es ins Bild, dass man als Grundlage für diesen Planungsbereich die Altstadtsatzung außen vor gelassen hat. Noch ist der Bebauungsplan im Entwurfsstadium. Auch das Denkmalmal muss noch seinen Segen geben. Änderungen sind also noch möglich - und dringend notwendig! Rainer Klass, Bad Waldsee



Janusz Eichendorff informierte die Hymer-Belegschaft über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen.

Integrationsmanager können starten

Baden-Württemberg stellt für Bad Waldsee und Aulendorf Mittel zur Verfügung

BAD WALDSEE/AULENDORF (sz) - Gute Nachrichten für alle Kommunen in Baden-Württemberg, die Integrationsmanager für die Sozialberatung von Geflüchteten einstellen möchten: Wie Landtagsabgeordnete Petra Krebs (Grüne) mitteilt, haben sie jetzt Klarheit über die Höhe der ihnen dafür vom Land zur Verfügung gestellten Mittel.

Das Sozial- und Integrationsministerium und die kommunalen Landesverbände haben sich laut Landtagsabgeordnetem Raimund Haser (CDU) auf eine Verteilung der 116 Millionen Euro verständigt, die das Land den Kommunen während der zweijährigen Laufzeit des Paktes für Integration für das Integrationsmanagement bereitstellt. Davon profi-

tieren auch die Städte und Gemeinden im Wahlkreis Wangen, die jetzt Mittel abrufen beziehungsweise beantragen können. So stehen für die Stadt Bad Waldsee 155 236 Euro und für Aulendorf 128 169 Euro zur Verfügung. Insgesamt können die Städte und Gemeinden im Kreis Ravensburg Mittel in Höhe von knapp 2,25 Millionen Euro beantragen.

„Mit den Integrationsmanagern gibt es endlich und erstmals eine professionelle Betreuung und Begleitung für Flüchtlinge mit abgeschlossenen Verfahren. Sie waren bislang immer auf sich alleine gestellt“, freut sich Petra Krebs. Raimund Haser betont: „Dieses Konzept eines flächendeckenden und strukturierten Integrationsmanagements nach der vor-

läufigen Unterbringung ist bislang bundesweit einzigartig. Es soll dazu beitragen, dass aus Flüchtlingen bald Mitbürgerinnen und Mitbürger werden.“

Die Gemeinden, erläutert Krebs, können jeweils entscheiden, ob sie selbst Integrationsmanager beschäftigen oder sich mit anderen Gemeinden zusammenschließen und gemeinsam einen Antrag stellen möchten. Antragsberechtigt sind eine oder mehrere Kommunen, wenn sie laut Planungsrahmen Mittel in Höhe von mindestens 51 000 Euro in Anspruch nehmen könnten. Kommunen, die laut Planungsrahmen unter dieser Summe liegen, müssen sich mit anderen Kommunen zusammenschließen.

Landkreis schnürt „Radverkehrspaket“

Infrastruktur für Radler soll verbessert werden

KREIS RAVENSBURG (sz) - Das Landratsamt Ravensburg will sich auch im neuen Jahr verstärkt für den Klimaschutz engagieren und dazu die Infrastruktur für Radfahrer im Landkreis verbessern. Vor allem die Beschilderung der Radwege und der Ausbau des Ladenetzes für Elektrofahräder seien wichtige Bausteine auf dem Weg zu mehr klimafreundlicher Mobilität im Kreis, teilt es in einer Pressemitteilung mit.

„Wer das Rad nimmt, reduziert die Schadstoffbelastung, entlastet die Straßen, ist unter Umständen schneller am Ziel und hält sich nebenbei noch fit“, wirbt Landrat Harald Sievers für den Umstieg von vier auf zwei Räder. Um das Radeln im flächenmäßig zweitgrößten Kreis im Land at-

traktiver zu machen, „planen wir ein Maßnahmenpaket, mit dem wir die Lebensqualität in den Kommunen steigern und zugleich dem zunehmenden Radtourismus Rechnung tragen möchten“, so Sievers.

Die Entwicklung der Maßnahmen wurde durch einen von der Ersten Landesbeamtin Eva-Maria Meschenmoser geleiteten Arbeitskreis mit Vertretern aus Verwaltung, Tourismus, öffentlichem Personennahverkehr und Radverkehrsexperten beratend begleitet. Handlungsbedarf bestehe laut den Experten vor allem bei der Beschilderung der Radwege. So sollen die Wegweiser zum einen erneuert sowie kreisweit einheitlich und durchgängig aufgestellt werden. Zum anderen solle die Beschilderung

digitalisiert und geeignete Stellen mit Informationstafeln versehen werden. Überdies will das Landratsamt mit einem dichteren Ladenetz für Elektrofahräder die Mobilität kreisweit sicherstellen.

Um eine Radkultur im Landkreis nachhaltig zu etablieren, will das Landratsamt der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW) beitreten. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von über 60 Kommunen, die sich zum Ziel gesetzt haben, den Fahrradverkehr im Land systematisch zu fördern. Ob die Maßnahmen in der vorgesehenen Form ab dem Jahr 2018 umgesetzt werden können, darüber entscheidet der Kreistag in seiner Sitzung am 25. Januar.